

Hausaufgabenheft Jugendlandtag

Workshop 1 – Klima und Nachhaltigkeit

1. Wir fordern, dass mindestens ein Tag in allen Erziehungs- und Bildungsstätten Aufklärungsarbeit zu Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsthemen verpflichtend durchgeführt werden muss.

Die FDP bekennt sich ausdrücklich zur Vermittlung von Wissen über Klimaschutz, Umwelt und nachhaltiges Wirtschaften im Rahmen des regulären Unterrichts. Gleichzeitig lehnen wir jedoch zusätzliche, landesweit verpflichtende Aktionstage oder ideologisch geprägte Sonderformate ab. Unser Ansatz ist es, Klimaschutz faktenbasiert, technologieoffen und wissenschaftsorientiert zu vermitteln, ohne die Schulen durch weitere verpflichtende Vorgaben zu überfrachten. Ein gesonderter und verpflichtender Tag erscheint daher nicht zielführend.

2. Wir fordern, dass das Land Baden-Württemberg den Trägern von Erziehungs-, Sport- und Bildungseinrichtungen ab 2026 Förderungen zur Sanierung der Gebäude zur Verfügung stellt.

Als FDP fordern wir eine starke und verlässliche Förderung der Sportvereine und den modernen und wohnortnahen Ausbau von Sportstätten und befürworten daher Investitionen in eine leistungsfähige Infrastruktur für Bildung und Sport ausdrücklich. Allerdings setzen wir dabei auf eine solide Finanzpolitik, klare Prioritätensetzung und die Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung statt auf immer neue, kleinteilige Förderprogramme. Für Sanierungen gibt es aktuell bereits zahlreiche Förderprogramme wie zum Beispiel die für die Sanierung von Schwimmhallen für den Schwimmunterricht. Auch im Rahmen des Solidarpaktes Sport werden Gelder für Sanierungen sichergestellt.

3. Wir fordern, dass in Schulkantinen pflanzliche Alternativen angeboten werden müssen. Dies soll durch vom Land Baden-Württemberg finanzierte, halbjährlich stattfindende Fortbildungen als Kochkurse für entsprechende Fachkräfte ermöglicht werden.

Wir Freie Demokraten setzen auf Wahlfreiheit und Eigenverantwortung statt auf verpflichtende Vorgaben im Detail. Wir befürworten grundsätzlich ein vielfältiges und ausgewogenes Angebot in der Schulverpflegung, das unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten Rechnung trägt. Eine landesweit verpflichtende Einführung bestimmter Speiseangebote sowie zentral vorgegebene, halbjährlich verpflichtende Fortbildungen für Fachkräfte lehnen wir jedoch ab. Die Organisation der Schulverpflegung liegt in der Verantwortung der Schulträger und Kommunen, denen wir ausdrücklich mehr Gestaltungsspielraum einräumen wollen. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken, statt durch kleinteilige staatliche Vorgaben neue Bürokratie zu schaffen.

Workshop 2 – Mobilität

1. Wir fordern, dass der Schulweg mit dem ÖPNV sicher und zuverlässig gewährleistet wird.

Mobilität muss verlässlich, sicher und bedarfsgerecht sein – egal ob in der Stadt oder im ländlichen Raum. Im Wahlprogramm ist das Ziel verankert, dass wir die Fuß- und Radverkehrspolitik weiterentwickeln und für die Kleinsten die Konzeption für sichere Schulwege modernisieren werden.

2. Wir fordern, dass das Deutschland-Ticket Jugend BW zu seinen Konditionen erhalten bleibt.

Als FDP unterstützen wir das Deutschland-Ticket und fordern ein zukunftsfestes Finanzierungskonzept und die ausreichende Bezuschussung durch das Land. Das Deutschland-Ticket war die größtmögliche Vereinfachung für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Diese Erfindung des damaligen FDP-Bundesverkehrsministers war ein großer Schritt nach vorn.

3. Wir fordern, dass Einzeltickets im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) günstiger werden.

Wir treten für einen fairen Wettbewerb auf der Schiene ein, der durch die Ausschreibungen von Verkehrsleistungen gewährleistet wird. Der bwtarif ist neben dem Quer-durchs-Land-Ticket der DB ein hoch attraktives Angebot

Workshop 3 – Bildung

1. Wir fordern, dass Schulen besser digital ausgestattet werden sowie mehr Lehrer*innenschulungen und Medienausbildung erhalten, um den Einsatz digitaler Lernmittel, z. B. KI, im Unterricht gezielt zu fördern.

Digitale Bildung beginnt nicht mit dem Tablet im Klassenzimmer, sondern mit der Fähigkeit, digitale Inhalte kritisch zu hinterfragen, eigene Inhalte verantwortungsvoll zu erstellen und technische Werkzeuge sinnvoll einzusetzen. Medienbildung muss integraler Bestandteil aller Bildungspläne und Fächer sein. Zudem muss der zunehmenden Wichtigkeit der Berufsfelder Softwareentwicklung und Informatik Rechnung getragen werden, indem Schulen Grundlagen der Programmierung vermitteln. Hier besteht aus unserer Sicht klarer Handlungsbedarf. Wir wollen digitale Bildung konsequent vorantreiben, Schulen technisch zeitgemäß ausstatten und Lehrkräfte gezielt fortbilden. Digitale Bildung ist mehr als die bloße Nutzung sozialer Medien; neue Technologien – einschließlich Künstlicher Intelligenz – müssen sinnvoll und verantwortungsvoll in den Unterricht integriert werden. Gleichzeitig fordern wir eine leistungsfähige, digital arbeitende Verwaltung und den Abbau bürokratischer Hemmnisse, damit Mittel schneller bei den Schulen ankommen. Digitale Ausstattung, professionelle Fortbildung der Lehrkräfte und eine fundierte Medienbildung sind für uns zentrale Voraussetzungen, um Bildungsqualität zu sichern und junge Menschen auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.

Wir fordern daher:

- die „digitale Mündigkeit“ der Schülerinnen und Schüler durch aktualisierte Lehrpläne und zeitgemäß ausgestattete Schulbibliotheken zu stärken
- die politische Bildung zu stärken, um junge Menschen zu befähigen, Desinformation, Verschwörungstheorien und politische Einflussnahme zu erkennen und zu bewerten
- Grundlagen der Informatik sowie finanzielle und wirtschaftliche Bildung verpflichtend in den Lehrplänen zu verankern
- den souveränen Umgang mit digitalen Werkzeugen stärker in die Lehramtsausbildung zu integrieren.
- Regeln zur privaten Nutzung von Handys an Schulen sowie zur Nutzung Künstlicher Intelligenz (KI) so zu gestalten, dass jede Schule im Rahmen ihrer Schulordnung selbst festlegt, wo und wann Smartphones genutzt werden dürfen.

2. Wir fordern, dass Landesmittel bereitgestellt werden, damit basierend auf Freiwilligenarbeit der aufnehmenden Gesellschaft wöchentliche „Integrationskurse“ für Personen, die Asyl beantragen, eingewandert sind oder Bedarf haben, stattfinden. Diese sollen ihnen sowohl bei der sozialen, als auch der sprachlichen und kulturellen Eingliederung in die Gesellschaft helfen können.

Wir Freie Demokraten sehen den Spracherwerb als zentralen Schlüssel für gelingende Integration. Gute Deutschkenntnisse sind die grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Arbeitsaufnahme, gesellschaftliche Teilhabe und eigenständige Lebensführung in unserem Land. Wer hierbleiben und arbeiten soll, braucht unbedingt frühzeitig Zugang zu qualifizierten Sprach- und Integrationskursen. Für Personen mit klarer Bleibeperspektive sind entsprechende Angebote daher absolut sinnvoll und integrationspolitisch geboten.

3. Wir fordern, dass der Standort Baden-Württemberg durch ein erhöhtes Bildungsniveau in allen Bildungssektoren in naher Zukunft nachhaltig gestärkt wird.

Wir wollen weltbeste Bildung für alle Schülerinnen und Schüler. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigen wir ein vielgliedriges Schulsystem – also die passende Schulart für jedes Kind - statt ideologischer Gleichmacherei und Einheitsschulen. Für uns ist Bildung der zentrale Standortfaktor für Innovation, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen auf Qualitätssteigerung in allen Bildungsbereichen – von der frühkindlichen Bildung über die allgemeinbildenden Schulen bis hin zu beruflicher Bildung und Hochschulen. Entscheidend sind klare Leistungsstandards, die Sicherung von Basiskompetenzen, Praxisnähe und eine ideologiefreie Bildungspolitik. Ein höheres Bildungsniveau stärkt unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Workshop 4 – Demokratiebildung

1. Wir fordern, dass ein verpflichtender, interaktiver Demokratietag eingeführt wird. Dieser soll über alle Schulformen hinweg und mindestens ab der 5. Klasse einmal im Jahr stattfinden.

Die FDP bekennt sich ausdrücklich zur Stärkung politischer Bildung und demokratischer Kompetenzen. Demokratiebildung sollte jedoch kontinuierlich und fachlich fundiert im regulären Unterricht stattfinden, insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Zusätzliche landesweit verpflichtende Aktionstage sehen wir kritisch, wenn sie zu organisatorischer Überlastung führen. Entscheidend ist nicht ein symbolischer Tag, sondern eine nachhaltige, qualitativ hochwertige politische Bildung im Schulalltag. Zudem wollen wir die politische Bildung stärken, um junge Menschen zu befähigen, Desinformation, Verschwörungstheorien und politische Einflussnahme zu erkennen und zu bewerten.

2. Wir fordern, dass der Landtag von Baden-Württemberg finanzielle Mittel zur Etablierung und Aktualisierung einer digitalen „Demokratiebildungsplattform“ bereitstellt. Dort sollen jugendpolitische Veranstaltungen, Organisationen und Gremien auf Landesebene übersichtlich dargestellt werden.

Transparente und digitale Informationsangebote für Jugendliche begrüßen wir grundsätzlich. Eine zentrale Plattform kann sinnvoll sein, sofern sie bestehende Angebote bündelt, übersichtlich gestaltet ist und keine Doppelstrukturen schafft. Wichtig ist aus unserer Sicht Effizienz, Nutzerfreundlichkeit und eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten. Neue Strukturen dürfen nicht zu zusätzlicher Bürokratie führen. Politik muss junge Menschen endlich verbindlich beteiligen – nur das ist gelebte Demokratie!

Wir fordern daher:

- Eine Task-Force Jugend – bündelt alle jugendrelevanten Themen und sorgt dafür, dass junge Menschen in Regierungshandeln ernsthaft berücksichtigt werden.

- Eine bessere Verzahnung bestehender Beteiligungsformate – Jugendgemeinderäte, Jugendforen, Jugendkonferenzen, Jugendverbände: miteinander statt nebeneinander.
- Eine gesetzliche Grundlage für Jugendbeteiligung auf Landkreisebene – damit Beteiligung auch über den Kirchturm hinaus stattfindet.
- Digitale Beteiligungsplattformen – Jugendliche gestalten Politik dort, wo sie sind: online, einfach, direkt.

3. Wir fordern, dass ehrenamtliches Engagement attraktiver gestaltet, ein niederschwelliger Zugang ermöglicht und finanziell gestärkt wird.

Wir wollen ein Land, indem freiwilliges Engagement selbstverständlich möglich ist. Ehrenamt darf auch deswegen kein bürokratischer Hindernislauf sein, sondern soll Freude machen, Gemeinschaft stiften und Menschen zusammenbringen. Wir wollen, dass Ehrenamt Spaß macht und zum Leben passt. Deswegen schaffen wir flexible Formen des Mitmachens, unterstützen digitale Werkzeuge für Vereine und Initiativen und investieren gezielt in Fortbildung, Ausstattung und moderne Kommunikationswege. Wir wollen die landesweite Ehrenamtskarte zu einem echten Vorteilsausweis weiterentwickeln: unkompliziert, digital, von den Kommunen mitgestaltet und getragen, damit sie spürbar für die Engagierten vor Ort ist, etwa durch Vergünstigungen wie den Zugang zu lokalen Freizeit- und Kulturangeboten. Als klaren Anreiz wollen wir Ehrenamt auch im Bildungsweg berücksichtigen, anrechnen und steuerlich besserstellen.

Workshop 5 – Jugendbeteiligung und Junges Engagement

1. Wir fordern, dass Jugendbeteiligung in jedem Ministerium per Gesetz verankert wird und dadurch regelmäßiger Austausch mit den Abgeordneten stattfindet.

Jugendbeteiligung ist wichtig und sollte gestärkt werden. Wir stehen jedoch gesetzlichen Pflichtstrukturen für jedes Ministerium zurückhaltend gegenüber. Beteiligung sollte flexibel, praxisnah und themenbezogen organisiert werden. Starre gesetzliche Vorgaben erzeugen häufig zusätzliche Bürokratie, ohne automatisch bessere Beteiligung zu garantieren. Entscheidend ist der echte Dialog – nicht die formale Verankerung.

Wir fordern stattdessen eine Task-Force Jugend – diese bündelt alle jugendrelevanten Themen und sorgt dafür, dass junge Menschen in Regierungshandeln ernsthaft berücksichtigt werden. Um eine effizientere Jugendbeteiligung zu erreichen brauchen wir nicht noch mehr Gesetze zur Beteiligung, sondern eine bessere Verzahnung bestehender Beteiligungsformate.

2. Wir fordern, dass Landesmittel für repräsentative Jugendbeteiligungsformate auf Kreis- und Gemeindeebene bereitgestellt werden.

Wir Freien Demokraten unterstützen die Dachverbände der Jugendbeteiligung auf Landesebene weiterhin und mit voller Überzeugung, auch für die Verzahnungsarbeit mit kommunalen Jugendvertretungen. Mittel für die Arbeit vor Ort sollen aus unserer Sicht aber von der Ebene kommen, für die auch gearbeitet wird – die Kommune vor Ort.

3. Wir fordern, dass jedes Thema, mit dem sich Jugendliche beschäftigen, als jugendrelevant per Gesetz im Paragraphen 41a der Gemeindeordnung festgeschrieben wird.

Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel, junge Menschen bei kommunalen Entscheidungen einzubeziehen. Gleichzeitig halten wir es für entscheidend, dass die Umsetzung des § 41a GemO den Kommunen ausreichend Gestaltungsspielraum lässt. Jugendbeteiligung muss vor Ort passgenau organisiert werden können und darf nicht durch

starre Vorgaben oder zusätzliche Bürokratie belastet werden. Wir setzen deshalb auf flexible Beteiligungsinstrumente, insbesondere digitale Formate, die Kommunen freiwillig und situationsbezogen einsetzen können. Jugendbeteiligung soll Wirkung entfalten, ohne neue Pflichtstrukturen aufzubauen oder ehrenamtliches Engagement zu überfordern.

Workshop 6 – Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Innere Sicherheit

1. Wir fordern, dass eine externe Kontrollinstanz für die Polizei geschaffen wird, um das Vertrauen in der Bevölkerung in sie zu stärken.

Die Polizei in Baden-Württemberg ist eine bürgernahe Polizei, die unsere Sicherheit und Freiheit garantiert. Sie genießt eine gute Ausbildung, unseren Respekt und unser volles Vertrauen. Jeder, der sich durch eine konkrete polizeiliche Maßnahme in seinen Rechten verletzt sieht, kann diese gerichtlich überprüfen lassen. Abstrakt lassen sich Gesetze die Polizei betreffend auch gerichtlich überprüfen. Diese Kontrollmechanismen erscheinen uns ausreichend.

2. Wir fordern, dass es mehr Schutz für Betroffene bei sexualisierter und patriarchaler Gewalt gibt.

Wir setzen uns für einen bestmöglichen Schutz für Betroffene ein. Dabei sind frühzeitige Gefährdungsanalysen und koordinierte Schutzmaßnahmen elementar, um Gewalt und Übergriffe bestmöglich zu verhindern.

Die von uns mitverantwortete Änderung im Polizeigesetz, wonach elektronische Fußfesseln nun auch in Fällen drohender Gewalttaten oder sexueller Übergriffe eingesetzt werden können, leistet hier einen wichtigen Beitrag. Annäherungs- und Kontaktverbote können so zum Beispiel besser überwacht werden.

3. Wir fordern, dass der Kulturpass fortgeführt und in allen Landkreisen Baden-Württembergs einheitlich angeboten wird.

Wir teilen das Ziel, kulturelle Teilhabe insbesondere für junge Menschen zu stärken. Der KulturPass ist jedoch ein Bundesprogramm, über dessen Fortführung und Ausgestaltung auf Bundesebene entschieden wird. Das Land Baden-Württemberg hat hierauf keinen unmittelbaren Einfluss.

Unabhängig davon setzen wir auf starke landeseigene und kommunale Instrumente zur Förderung kultureller Teilhabe. Beispiele wie der Stuttgarter Kulturpass zeigen, dass passgenaue Lösungen vor Ort entstehen können. Wir wollen die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie solche Angebote entwickeln und dauerhaft tragen können. Gerade in angespannten Haushaltslagen geraten freiwillige Leistungen wie Kultur schnell unter Druck – dem wollen wir durch eine verlässliche kommunale Finanzierung entgegenwirken, damit kulturelle Teilhabe vor Ort gesichert bleibt.

Workshop 7 – Arbeiten, Wohnen, Finanzielle Sicherheit

1. Wir fordern, dass es einen Sozialpass für Berufe gibt, die gemessen an der Relevanz für die Gesellschaft unangemessen vergütet. Angelehnt werden soll dieser an die Ehrenamtskarte, die Juleica bzw. den Heidelberg-Pass.

Aus unserer Sicht ist ein Sozialpass nicht der richtige Weg. Wir setzen dabei auf marktwirtschaftliche Lohnfindung, Eigenverantwortung und Anreize statt Umverteilung. Stattdessen fordern wir die Senkung sozialer Abgaben und steuerfreie Überstunden. Wir wollen die Fachkräftezuwanderung fördern und mit einer Meisterprämie Anreize in der Qualifizierung setzen.

2. Wir fordern, dass Azubis eine gleichwertige finanzielle, politische und gesellschaftliche Unterstützung erhalten wie Studierende.

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist für uns ein zentrales Anliegen. Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell und verdient gesellschaftliche Wertschätzung sowie faire Rahmenbedingungen. Wir unterstützen Maßnahmen, die Auszubildende stärken und die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöhen. Finanzielle Unterstützungsmodelle müssen jedoch zielgerichtet, sozial ausgewogen und solide finanziert sein.

3. Wir fordern, dass Baden-Württemberg ein landesweites Programm für sozialen und gemeinnützigen Wohnbau nach Orientierung an den Maßnahmen der Stadt Wien entwirft.

Das Bauen bleibt im toxischen Mix aus Baukosten, Zinsen und Auflagen unter Druck. Die Zahl der Baugenehmigungen ist in den letzten Jahren drastisch abgestürzt. Um Entlastung auf dem Mietmarkt zu erreichen muss mehr gebaut werden, hierzu müssen durch die Politik entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Aufgabe von Politik ist es nicht selber zu bauen, sondern Bauen wieder zu ermöglichen. Konkret heißt das:

- Abbau kostentreibender Vorschriften, d.h. eine radikale Vereinfachung der Landesbauordnung sowie der Baunebenrechte
- Freistellungen für den Wohnungsbau analog zum „Kasernen“-Turbo
- Einführung des Gebäudetyp E als Experimentierraum für innovatives und kostengünstiges Bauen
- Senkung der Grunderwerbssteuer, um Wohnungsneubau unbürokratisch zu vereinfachen und Eigentumsbildung zu erleichtern
- Ausweisung von mehr Bauflächen, um auch die Preisspirale beim Bauland endlich zu durchbrechen

Workshop 8 – (Mentale) Gesundheit

1. Wir fordern, dass mehr Angebote und Anlaufstellen für mentale Gesundheit geschaffen werden. Konkret bedeutet das mehr Präventionsangebote und kostenlose, nahbare Therapieplätze.

Wir Freie Demokraten setzen gesundheitspolitisch insgesamt auf Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitskompetenz. Das gilt ausdrücklich auch für junge Menschen, denn frühe Unterstützung verhindert spätere Krisen und entlastet das System. Konkret machen wir uns dafür stark, dass an Schulen mehr Schulpsychologie und mehr Schulsozialarbeit verfügbar sind und dass diese Angebote strukturell besser zusammenarbeiten, etwa in multiprofessionellen Teams. Wir halten es für entscheidend, dass Unterstützung niedrigschwellig erreichbar ist und nicht an fehlenden Kapazitäten scheitert.

2. Wir fordern, dass im Schulalltag psychische Gesundheit stärker in den Mittelpunkt gestellt wird. Das beinhaltet die Verankerung im Bildungsplan und im Lehramtsstudium.

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist uns ein wichtiges Anliegen. Schulen dürfen mit dieser Aufgabe jedoch nicht überfrachtet werden. Wichtig sind stabile Schulstrukturen, ausreichend Schulpsychologen, gute Schulsozialarbeit und klare Zuständigkeiten. Anpassungen im Bildungsplan oder in der Lehrerbildung müssen sorgfältig geprüft werden, um Kernkompetenzen nicht zu verdrängen. Unser Ansatz sieht strukturelle Stärkung statt zusätzlicher Pflichtinhalte vor.

3. Wir fordern, dass eine unabhängige und freie Berufswahl trotz abgeschlossener psychotherapeutischer Behandlung möglich ist.

Diese Forderung unterstützen wir als FDP, denn sich Hilfe zu besorgen darf nicht zu grundsätzlichen Benachteiligungen führen.

Workshop 9 – Zukunftschancen

1. Wir fordern, dass Praktika in Realschulen und Gymnasien verstärkt durchgeführt werden müssen; die schriftliche Prüfung im Wahlpflicht in der Realschule abgeschafft wird; Wirtschaft als Grundkurs in der Oberstufe festgelegt und praxisnäher ausgerichtet wird.

Mehr Praxisbezug und eine stärkere wirtschaftliche Bildung entsprechen klar unserem Ansatz. Berufsorientierung, Einblicke in Unternehmen und wirtschaftliche Zusammenhänge müssen gestärkt werden. Praktika sind dabei ein wichtiges Instrument. Prüfungsformate und einzelne Abschlussregelungen sollten jedoch im Gesamtkontext von Leistungsanforderungen bewertet werden. Wirtschaftliche Bildung stärker zu verankern begrüßen wir ausdrücklich. Eine Abschaffung der schriftlichen Abschlussprüfung im Wahlpflichtfach ist von uns gegenwärtig nicht vorgesehen.

Wir wollen:

- Die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildungswege stärken sowie Praktika und praxisorientierte Projekte bereits in der Schule verankern.
- Berufsvorbereitung und Ausbildungsreife stärker im Curriculum der Sekundarstufe I verankern
- eine praxisnahe, differenzierte Schullandschaft aktiv fördern und erhalten
- die gymnasiale Stundentafel überarbeiten und an pädagogischen und wissenschaftlichen Zielen ausrichten.
- die Berufsorientierung am Gymnasium ausweiten, um auch die Möglichkeiten abseits einer akademischen Laufbahn aufzuzeigen
- die Freiheit bei der Fächerwahl bedarfsgerecht erweitern, u. a. durch die Option zweier Gesellschaftsfächer in der Oberstufe sowie durch einen Ausbau der Wirtschafts- und Finanzbildung ab der Unterstufe

2. Wir fordern, dass die Chancengleichheit aller Jugendlichen ausgebaut wird, durch: einen BW-Kulturpass (120€ pro Person pro Jahr); kostenlose BW-Schülertickets für finanziell schwächer ausgestattete Familien; Vermittlung von kostenlosen Mittagessen für finanziell schwächer ausgestattete Familien über Schulen

Die gezielte Unterstützung finanziell schwächerer Familien befürworten wir. Maßnahmen müssen jedoch bedarfsgerecht, finanzierbar und effizient ausgestaltet sein. Pauschale Leistungen für alle Jugendlichen sehen wir kritisch, wenn sie hohe Kosten verursachen und Mitnahmeeffekte entstehen. Unterstützung sollte dort ankommen, wo sie tatsächlich benötigt wird – möglichst unbürokratisch und zielgenau. Sozial schwache Menschen wollen wir unterstützen, hierzu gehören auch Maßnahmen für die Wahrnehmung von Essensangeboten oder beim Schülerticket. Wir setzen uns für eine Vereinfachung des ÖPNV ein, insbesondere durch eine stärkere Angleichung an das Deutschlandticket. Ziel ist es, Mobilität für junge Menschen günstiger und einfacher zu gestalten, etwa durch die Überführung des Jugendticket BW in ein bundesweit einheitliches Angebot. Statt auf flächendeckende Gratis-Tickets für bestimmte Gruppen zu setzen, sprechen wir uns für bezahlbare, möglichst bundesweit gültige und transparente Ticketmodelle aus. Unterstützung für finanziell bedürftige junge Menschen soll gezielt über bestehende Instrumente wie das Sozial- sowie das Bildungs- und Teilhabesystem erfolgen, anstatt durch generelle Nulltarif-Modelle.

3. Wir fordern, dass Bürokratie in Baden-Württemberg konsequent abgebaut und die Verwaltung vollständig digitalisiert wird.

Bürokratieabbau mit System statt Stückwerk: Wir Freien Demokraten fordern einen grundlegenden, systemischen Ansatz. Statt sich im Klein-Klein von Einzelfallprüfungen zu verlieren, müssen wir Bürokratie als Ganzes in den Blick nehmen. Unsere Fraktion hat dazu – beispielhaft in einem ersten Schritt – konkrete Forderungen entwickelt:

- Vollständige Befreiung von Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern von sämtlichen Dokumentations-, Berichts- und Statistikpflichten. Hier muss pauschal agiert werden und nicht mehr jede einzelne Pflicht geprüft werden – eine lückenlose Abschaffung ist notwendig. Und wenn dies landesrechtlich nicht möglich ist, müssen wir eine Bundesratsinitiative starten und bis zu deren abschließender Behandlung in einem Akt der demokratischen Notwehr das Statistikamt anweisen, diese unverhältnismäßigen Anforderungen aus Berlin oder Brüssel nicht mehr auszuführen.
- Zumindest experimentelle und örtlich begrenzte Aussetzung der Pflichten aus der Landesbauordnung. Hier mal die Spielplatzpflicht modifizieren und da mal den Abstand ändern, bringt uns nicht weiter. Wir müssen mutiger sein und Regelungen komplett abschaffen, ohne jeden Spezialfall zu begründen. Die Aussetzung der Landesbauordnung in ausgewählten Gebieten per Experimentierklausel ist ein erster Schritt dafür.
- Jedes Gesetz und jede Verordnung braucht – wo immer möglich und sinnvoll – ein Ablaufdatum, eine sogenannte Sunset-Klausel. Nicht die Abschaffung eines Gesetzes muss dann begründet werden, sondern sein Fortbestehen. Jedes Gesetz wird also nach gewisser Zeit automatisch auf Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüft, und wenn diese nicht nachgewiesen werden kann, läuft das Gesetz von alleine ab.
- Die digitale, bürgernahe Verwaltung ist unser Staatsziel: Fünf Ebenen der Verwaltung sind zwei zu viel. Wir wollen die rein für planerische Zwecke genutzten Regionalverbände abschaffen. Mit 35 Land- und neun Stadtkreisen, die viele untere Behörden des Landes beherbergen, geht Geschwindigkeit und Kompetenz verloren. Darum wollen wir 12+1 Großkreise schaffen, in denen die 44 Land- und Stadtkreise aufgehen. Durch die größeren Verwaltungseinheiten sind wiederum die Regierungspräsidien entbehrlich und können in einem nächsten Schritt ebenfalls aufgelöst werden. Dabei wollen wir Standorte von Regierungspräsidien und Landratsämtern nicht ersatzlos in wenigen großen Verwaltungskonglomeraten aufgehen lassen, sondern Aufgaben so verteilen, dass bestehende örtliche Infrastruktur und Liegenschaften dort, wo es sinnvoll ist, weiter genutzt werden können und Know-how auch örtlich gebündelt wird.